

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 25.04.2013

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 25.04.2013
Beginn:	18:15 Uhr
Ende:	21:05 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manuel Müller

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

Fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Herr Böhm, Energieagentur

Ziffer 2

Nordbayern

Herr Michaeli, TU München

Ziffer 3

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadträtin Rosmarie Richter

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Steinruck

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller erkundigt sich nach Fragen zur Tagesordnung.

Stadträtin Glos weist darauf hin, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion zum Bürgerbräu und Marktcafé zurückziehe (TOP 8.1), da dieser bereits überholt sei und besteht gleichwohl bei zukünftigen Anträgen auf die Einhaltung der 6 Wochen Frist.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschriften des Stadtrates vom 21.02.2013 und 14.03.2013

beschlossen

dafür 24 dagegen 1

Die öffentlichen Niederschriften vom 21.02.2013 sowie 14.03.2013 werden gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er gegen die Niederschrift vom 14.03.2013 gestimmt habe, nachdem diese nicht rechtzeitig mit der Ladung verschickt wurde und erst als Tischvorlage vorlag.

2.

Kommunales Energiemanagement; Abschlussbericht der Energieagentur Nordbayern

Herr Böhm, Energieagentur Nordbayern, geht ausführlich auf den Abschlussbericht des Kommunalen Energiemanagements bei der Stadt Kitzingen ein. Der Bericht liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Herr Böhm stellt abschließend fest, dass die vor der Auftragsvergabe prognostizierten Einsparungen leider nicht erreicht werden konnte. Was einerseits am fehlenden bzw. wechselnden Ansprechpartner in der Verwaltung, den Bedienungsunregelmäßigkeiten der Nutzer bzw. den gravierenden Ausfällen von Heizanlagen (z. B. Rathaus) lag. Mit Blick auf das Ergebnis sehe er jedoch einen positiven Ansatz, auf welchem weiterhin aufgebaut werden kann. Abschließend verweist er auf sein Angebot, die Stadt mittels eines Controllings nochmals für Jahre zu betreuen. Parallel sei eine entsprechende Stelle bei der Stadt Kitzingen notwendig.

Stadtrat Böhm als Umweltreferent stellt fest, dass trotz aller Problemstellungen, die Stadt auf dem richtigen Weg sei.

Stadträtin Kahnt möchte wissen, wie das Thema in Zukunft in der Stadt Kitzingen weiterverfolgt werden soll.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass das Konzept als Arbeitsgrundlage dienen und sämtliche benannten Maßnahmen nicht auf einmal umgesetzt werden könnten. Diesbezüglich sei eine entsprechende Priorisierung notwendig. Auf jeden Fall müsse das Rathaus angegangen werden. In den Bereichen, wo Sanierungen anstehen (z. B. Mittelschule Siedlung) werde man entsprechend die Maßnahmen umsetzen. Ebenso ist es notwendig, dass die Nutzer weiterhin geschult werden. Abschließend weist er darauf hin, dass der Bayerische Kommunale Prüfungsverband den Auftrag habe, im Rahmen des Organisationsgutachtes eine Aussage zum Thema „Gebäudemanagement“ zu treffen.

Stadtrat Pauluhn kritisiert, dass die Referenzzahlen aus dem Jahr 2006 bis 2008 stammen. Darüber hinaus möchte er wissen, welche Zahlen hinter dem Masterplan stecken, mit welchen Investitionen zu rechnen sei und wie es sich mit der Amortisation verhält. Nach seinem Dafürhalten hätte er sich dies als Teil des Auftrages erwartet.

Herr Böhm stellt dar, dass die Arbeiten im Jahr 2009 begannen und die Referenzzahlen jeweils aus den drei vorherigen Jahren hergenommen werden. Darüber hinaus sei das Festlegen der Zahlen bzw. eine Amortisationsberechnung nicht Umfang des Auftrages.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass Optimierungsvorschläge problemlos bereits umgesetzt werden können. Als nächstes müssen die Maßnahmen im Masterplan geprüft und mit entsprechenden Zahlen hinterlegt werden. Hierzu ist die Verwaltung jedoch gegenwärtig personell nicht in der Lage.

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass eine Vielzahl von Maßnahmen im Masterplan in der Ausführung Deckungsgleich seien, weshalb man bzgl. der Ausschreibung bzw. der Durchführung auch Maßnahmen zusammenfassen könne. Darüber hinaus bezieht sie sich auf die Fördermittel, die zum 31.3.2013 ausgelaufen sind.

Herr Böhm erklärt hinsichtlich der Fördermittel (z. B. für LED-Leuchten) in Höhe von

50 %, dass diese jedes Jahr aufs Neue auferlegt werden und im Jahr 2014 erneut genutzt werden könne.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt bedankt sich für den Schlussbericht und stellt fest, dass die Ergebnisse mit Blick auf die Zeitdauer und den finanziellen Aufwand sehr mager seien, was aber nicht alleine die Schuld der Energieagentur sei. Der Ausfall der Anlage, Nutzerfehler bzw. die Änderung des Ansprechpartners könne nicht der Energieagentur zugeschrieben werden. Seiner Auffassung nach müsse unter anderem eine Organisation dergestalt erfolgen, dass die Gebäudeverantwortlichen die Anlagen ständig kontrollieren und somit Ungereimtheiten feststellen können. Hinsichtlich der Erneuerung von Anlagen sollte auch der Bereich „erneuerbare Energie“ stärker ins Auge gefasst werden. Seiner Auffassung nach sollte weiterhin der Weg der Energieeinsparung gegangen werden.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser ist der Auffassung, dass als nächster Schritt das Gebäudemanagement in der Stadt Kitzingen angegangen werden sollte. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass Fachbetriebe in und um Kitzingen, die mit derartigen Anlagen betraut sind, in gleicher Weise eine Kontrolle bzw. Beratung durchführen könnten.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul hält die Energieeinsparung auch für ein wichtiges Thema und ist der Auffassung, dass der Energiemanager des Landkreises hierbei eine wichtige Rolle spielen könnte. Darüber hinaus favorisiert sie ein projektbezogenes Vorgehen insofern, dass die Maßnahmen an Fachfirmen vergeben werden und die Firma letztlich für die Umsetzung bzw. die Einhaltung verantwortlich sei.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, die Nutzerschulungen ständig zu wiederholen. Ihrer Auffassung nach müsste der Masterplan abgearbeitet werden und Maßnahmen, die man Zusammenfassen könne, sollten zusammengefasst werden. Die Fördermöglichkeiten sollten geprüft und in Anspruch genommen werden. Von einer weiteren Beauftragung der Energieagentur Nordbayern bittet sie Abstand zu nehmen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof stellt fest, dass die Ergebnisse nicht in dergestalt ausgefallen sind, wie man es sich anfangs erwartet hatte. Zwar sei das Wechseln des Ansprechpartners bei der Stadt Kitzingen nicht in der Verantwortung der Energieagentur, diese habe jedoch auch nicht versucht, diesen Mangel zu heilen und benutzt es nun als Ausrede. Hinsichtlich der Kostendeckung zwischen Einsatz für die Agentur und Einsparung sei nichts im Vertrag geregelt und auch das Leistungsverzeichnis, welche Maßnahmen tatsächlich geleistet werden müssen, fehlt.

Darüber hinaus stellt er fest, dass der Zwischenbericht nicht vorgelegt, aber im Gegenzug auf die Auszahlung des Honorars verwiesen wurde. Er gibt zu bedenken, dass mit einer positiven Beschlussfassung sämtliche Verfehlungen seitens des Stadtrates genehmigt werden würden. Er könne dem Beschluss nicht zustimmen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist ebenfalls der Auffassung, dass man mit den Ergebnissen

nicht zufrieden sein kann. Ihrer Auffassung nach bedürfe das Energiemanagement eine fachgerechte Begleitung.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm erklärt, dass er die Einschätzung seiner Stadtratskollegen zum Erfolg des Managements nicht teilen könne.

Er ist vielmehr der Auffassung, dass im Rathaus ein Fachmann vorhanden sein sollte, der die Maßnahme begleite. Auf dem Ergebnis, dass beispielsweise ein hoher Anteil an CO² eingespart werden konnte, sollte man aufbauen.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May stellt fest, dass die Energie wichtig sei und in Zukunft noch einen höheren Stellenwert einnehmen werde. Er werde den Bericht nur zur Kenntnis nehmen und unterstütze den Vorschlag der Verwaltung, einen Mitarbeiter zum Thema „Gebäude- und Energiemanagement“ einzustellen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Beschlussentwurf, wonach die Stelle eines Energiemanagers geschaffen werden soll. Diese Passage könne aus dem Beschlussentwurf gestrichen werden, da es hierzu bereits einen Beschluss gibt, eine entsprechende Stelle im Stellenplan aufzunehmen.

beschlossen dafür 19 dagegen 6

1. Vom Sachvortrag der Energieagentur wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Abschlussbericht aufgeführten energetischen Optimierungen und Investitionen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu planen und umzusetzen. Hierzu ist vorab der Stadtrat zu informieren bzw. sind entsprechende Beschlussvorlagen zu erstellen.
3. Der Prozess des kommunalen Energiemanagements ist zu verstetigen, indem dauerhaft im Stadtbauamt die Stelle eines Energiemanagers geschaffen wird.
4. Eine weitere Beauftragung der Energieagentur Nordbayern erfolgt nicht.

Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er nur gegen den Beschlussentwurf gestimmt habe, nachdem ihm die Maßnahmen zu unkonkret formuliert waren und er zu bedenken gibt, dass es nun in gleicher Weise fortgeführt wird. Ihm fehle außerdem ein Datum, bis wann die Situation gelöst sein soll.

**3. Bürgerbräuareal
Studentenentwürfe im Rahmen einer Semesterarbeit**

Herr Michaeli geht ausführlich anhand einer Präsentation auf die Projektarbeit von Studenten im Bürgerbräu Kitzingen ein. Diese liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Studenten des Lehrstuhls für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land der TU München unter der Leitung von Herrn Prof. Mark Michaeli städtebauliche Entwürfe für das Areal des ehemaligen Bürgerbräuareals erstellt haben.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die entsprechenden Fördermittel aus dem Programm „Planungszuschüsse für modellhafte Untersuchungen und Planungen im Rahmen der städtebaulichen Forschung“ beantragt und gewährt wurden.

4. Bestätigung des Kommandanten und seines Stellvertreters der Freiwilligen Feuerwehr Kitzingen

beschlossen dafür 25 dagegen 0

Dem in der Feuerwehrdienstversammlung am 23.03.2013 gewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Kitzingen, Herrn Markus Ungerer und dessen in der gleichen Sitzung gewählten Stellvertreter, Herrn Matthias Gernert, wird hiermit die gemäß Art. 8 Abs. 4 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes notwendige Bestätigung erteilt.

5. Betriebserweiterung der Fa. Ditec

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Bauvorhaben wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Bauvorhaben gemäß den vorgestellten Planungen aus bauplanungsrechtlicher Sicht zu ermöglichen und die notwendigen Befreiungen vom Bebauungsplan im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu erteilen.

6. Entwurfsvorstellung Neubau Feuerwehrgerätehaus Hoheim

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf die vorliegenden Planungen, die in Abstimmung mit der Feuerwehr Hoheim, der Feuerwehrreferentin sowie dem Ortssprecher vom Stadtbauamt erstellt wurde. In diesem Zusammenhang bedankt er sich auch beim Sportverein, die sich als Nachbarn ebenfalls entsprechend einigen konnten. Die Ziffer 4 des Beschlussentwurfs (Vergabe der Ingenieurleistung) werde er getrennt abstimmen lassen.

Bauamtsleiter Graumann geht im Folgenden ausführlich auf die Planung ein.

Stadträtin Kahnt gibt mit Blick auf die möglichen Problematiken bei einem Flachdach die Errichtung desselbigen zu bedenken.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass es sich um ein flachgeneigtes Dach handle, bei dem die üblichen Problematiken nicht entstehen sollten.

Stadtrat Lorenz verweist auf die Fassadengestaltung in Holz und ist der Auffas-

sung, dass hier noch Einsparungspotential liege.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Planer sich hierzu äußern könne. Eine Einsparung hinsichtlich der für die Feuerwehr notwendigen Dinge könne jedoch nicht erfolgen.

Bei der Beschlussfassung zur Vergabe der Ingenieurleistung (Ziffern 1 und 2) ist Stadtrat Schmidt persönlich beteiligt und von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.

beschlossen **dafür 21** **dagegen 3**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Architekturbüro Roth+Partner, Kitzingen hat das wirtschaftlichste Honorarangebot mit 42.712,63 € (brutto) abgegeben und wird beauftragt, die Leistungsphasen 5-9 zu bearbeiten.

beschlossen **dafür 25** **dagegen 0**

1. Die vorgestellte Entwurfsplanung des Stadtbauamtes vom 30.01.2013, „Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Hoheim“ ist die Grundlage für die Bearbeitung der weiteren Planungsphasen und der Realisierung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) zu bearbeiten, sowie die Zuwendungsunterlagen zu erstellen und einzureichen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die weiteren notwendigen Fachplanerleistungen zu beauftragen, wie zum Beispiel Tragwerksplanung, Elektro und HLS-Planung.
4. Die unter der Haushaltstelle 1300.9451 eingestellten Mittel werden wie folgt angepasst: Die Kosten der Teilmaßnahme –Abriss und Neubau Feuerwehrgerätehaus Hoheim- Kostenansatz 600.000 €, werden um 50.000 € auf 650.000 € erhöht. Die Kosten der Teilmaßnahme –Neubau Lagerflächen SV Hoheim in Höhe von 20.000 € bleiben unberührt. Die unter der Haushaltstelle 1300.9451 eingestellten Mittel bleiben unberührt, die zusätzlichen Mittel in Höhe von 50.000 € werden für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellt.

7. Vereinbarungen zur Erneuerung von 2 Teilabschnitten der Fahrbahndecke B 8 im Stadtgebiet Kitzingen mit dem Staatlichen Bauamt Würzburg

beschlossen **dafür 24** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt den beiliegenden Vereinbarungen zu. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Vereinbarungen zu unterzeichnen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt zur Beschleunigung der Maßnahme, die Aufträge außerhalb seiner Zuständigkeit für die Anteile der Stadt Kitzingen bis zu einer Gesamtsumme von 430.231,63 € brutto zu vergeben.

**8. Antrag von Stadtrat Pauluhn
Vorziehen des Tagesordnungspunkte 9
"Soziale Stadt, Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff,
Finanzierungsübersicht**

Mit Blick auf die fortgeschrittenen Zeit stellt Stadtrat Pauluhn den Antrag den Tagesordnungspunkt 9 "Soziale Stadt, Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff, Finanzierungsübersicht" vorzuziehen.

Oberbürgermeister Müller verweist auch auf den Antrag der KIK-Fraktion (TOP 8.5), welcher eine Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband begehrt. Die Verwaltung habe diese Anfrage an den BKPV weitergegeben, worauf dieser geantwortet habe, dass die im Antrag dargelegten Punkte nicht erfüllt werden können. Zwar könne der Stadtrat einen positiven Beschluss fassen, dieser könne jedoch nicht vollzogen werden.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass die Investitionskosten in gleicher Weise berechnet werden müssen, wie die Folgekosten. Nicht dass sehr viel Geld investiert werde, jedoch keine Mittel mehr für den Betrieb zur Verfügung stehen. Falls dies vom Gremium nicht gewollt sei, dann nimmt er dies zur Kenntnis.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages von Stadtrat Pauluhn.

beschlossen dafür 15 dagegen 9

Es besteht Einverständnis, den Tagesordnungspunkt 9 "Soziale Stadt, Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff, Finanzierungsübersicht" vorzuziehen.

**9. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm II - Soziale Stadt;
Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff
Finanzierungsübersicht**

Oberbürgermeister Müller weist Eingangs darauf hin, dass hinsichtlich des Stadtteilzentrums bereits ausführlich diskutiert wurde und bittet, keine grundsätzliche Diskussion zu diesem Thema zu führen. Es gehe lediglich um die Finanzierung, die in der ersten Sitzung abgelehnt wurde. Mit Blick auf das niedrige Zinsniveau könne die Maßnahme finanziert werden, ohne sich den Rücklagen bedienen zu müssen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt stellt fest, dass die UsW unterschiedlich abstimmen werde. Seiner Auffassung nach gebe es Punkte, die für ein Stadtteilzentrum sprechen, es gebe jedoch auch welche dagegen. Seiner Auffassung nach sei es nicht seriös, freiwillige Leistungen über Schulden zu finanzieren. Die Maßnahmen sei flächen- sowie zahlenmäßig überzogen und sprengt den Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt. Er wird dem Beschlussentwurf nicht zustimmen können.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser stellt fest, dass ohne die Maßnahme „Soziale Stadt“ an dieser Stelle in der Siedlung keine Entwicklung erfolgen könne. Die CSU stimme dem Vorschlag zu.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul könne dem Beschlussentwurf zustimmen, nachdem nun die Finanzierung geklärt sei.

FW-FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp empfindet die Art und Weise des Stadtteilzentrums ebenfalls als Überdemonstriert. Ihr fehlen nach wie vor die schriftlichen Interessenbekundungen der Vereine und somit eine Berechnung zu den Mitkosten. Sie könne dem Beschluss nicht zustimmen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass die Zahlen bis zum heutigen Zeitpunkt nicht korrekt gerechnet wurden. Die nachträgliche Betriebskostenberechnung des Kämmers beträgt 131.000,00 €, wobei seiner Auffassung nach viele Punkte nicht enthalten seien. Er gehe von Folgekosten in Höhe von 250.000,00 € bis 280.000,00 € aus. Ein solches Vorgehen sei nicht seriös, weshalb die KIK dem Beschlussentwurf nicht zustimmen könne.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt begrüßt die Finanzierung über einen zinsgünstigen Kredit und stellt fest, dass sich die ursprüngliche Folgekostenberechnung des Quartiersmanagers kaum von der Gegenwärtigen des Kämmers unterscheidet. Die Soziale Stadt und insbesondere das Stadtteilzentrum sei eine Verbesserung für die Siedlung.

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm ist der Auffassung, dass die Dimension des Stadtteilzentrums zu groß sei und dieses sich die Stadt Kitzingen nicht leisten könne. ProKT wird gegen den Beschlussentwurf stimmen.

„fraktionslos“

2. Bürgermeister May stimmt dem Beschlussentwurf zu und unterstützt das Stadtteilzentrum in der Siedlung.

Bürgermeister Christof möchte wissen, wo in den Folgekosten die Personalkosten für den Betrieb enthalten seien (Quartiersmanager, Jugendpflege).

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass in den Betriebskosten sämtliche Personalkosten (Hausmeister, Reinigung usw.) enthalten seien.

Stadträtin Schmidt stellt dar, dass das entsprechende Fachpersonal bereits im städtischen Haushalt enthalten sei, worauf Bürgermeister Christof zu bedenken gibt, dass diese Kosten dann dem Stadtteilzentrum zugewiesen werden müssen. Oberbürgermeister Müller stellt abschließend fest, dass es letztlich die Entscheidung des Stadtrates sei, mit welchem Fachpersonal das Stadtteilzentrum ausgestattet werden soll.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob Mieteinnahmen des Stadtteilzentrums förder-schädlich seien.

Stadtkämmerer Weber verneint dies.

Stadtrat Schmidt stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

beschlossen **dafür 24** **dagegen 1**

Mit dem Antrag von Stadtrat Schmidt auf namentliche Abstimmung besteht Einverständnis, so dass Verwaltungsrat Hartner die Stadträte einzeln nach ihrem Abstimmungsverhalten abfragt:

Stadtrat Ferenczy	Ja
Stadtrat Lorenz	Ja
Stadtrat Müller	Ja
Stadtrat Schmidt	Nein
Stadtrat Moser	Ja
Stadtrat Rank	Ja
Stadträtin Schwab	Ja
Stadtrat Stiller	Nein
Stadträtin Stocker	Ja
Stadtrat Weiglein	Ja
Stadträtin Dr. Endres-Paul	Ja
Stadträtin Glos	Ja
Stadtrat Heisel	Ja
Stadträtin Kahnt	Ja
Stadtrat Freitag	Nein
Stadtrat Haag	Nein
Stadträtin Wallrapp	Nein
Bürgermeister Christof	Nein
Stadtrat Popp	Nein
Stadtrat Pauluhn	Ja
Stadträtin Schmidt	Ja
Stadtrat Böhm	Nein
Stadtrat Schardt	Nein
2. Bürgermeister May	Ja
Oberbürgermeister Müller	Ja

beschlossen **dafür 16** **dagegen 9**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Finanzierung der Maßnahme "Errichtung eines Stadtteilzentrums mit Jugendtreff"
wird wie folgt zugestimmt:

a) Zuwendungen aus dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" (Regierung von Unterfranken)	1.108.000
b) Fremdkapital, Kredit vom Kapitalmarkt	<u>1.332.918</u>
	<u>2.440.918</u>

10. Anträge von Fraktionen und Gruppen

10.1. Beschlussantrag der SPD Bürgerbräu und Marktcafé

Ohne Abstimmung

Die Antragssteller haben den Antrag zurückgezogen.

10.2. Antrag der Kommunale Initiative Kitzingen-Fraktion zur Trinkwasserversorgung in Kitzingen; Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Bürgermeister Christof geht ausführlich auf seinen Antrag ein und ist der Auffassung, dass die Stadt Kitzingen bei diesem Thema aktiv werden sollte, um auch ein Zeichen nach Außen abzugeben. Darüber hinaus sehe er es als erforderlich an, dass sich ebenfalls die LKW dem Thema annimmt. Er gibt zu bedenken, dass auch die Stadt Kitzingen Nutznießer der Erhöhung sei. In diesem Zusammenhang verweist er auf eine Dienstaufsichtsbeschwerde inwiefern der Oberbürgermeister den Stadtrat vor Entscheidungen in der LKW einbinden muss.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass man diesbezügliche bereits Eingaben über den Bayerischen Gemeinde gemacht habe und die Stadt Kitzingen insofern nicht untätig war. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass die Stadt Kitzingen allein keine Möglichkeit habe und sinnvollerweise der Weg über die Verbände gegangen werden sollte.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, dass unabhängig von den Eingaben an die Verbände die Stadt Kitzingen handeln müsse, falls es zur Privatisierung der Wasserversorgung komme.

Oberbürgermeister Müller gibt insofern Recht, aber auch zu bedenken, dass gegenwärtig kein Handlungsdruck vorhanden sei, da nach einer möglichen Festlegung durch die EU eine Übergangsfrist bis 2020 bestehe. Erst nach der Beschlussfassung der Richtlinie sollte geprüft werden, welche Schritte notwendig sind.

abgelehnt dafür 10 dagegen 14

Die Kommunale Initiative Kitzingen beantragt die Mitglieder des Stadtrates und zugleich die Bevölkerung über die geplante Veränderung (bedingt durch den Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) im Bereich der Trinkwasserversorgung zu informieren und ggf. Schritte zur Sicherstellung der kommunalen Trinkwasserversorgung einzuleiten.

- 10.3. Mobilfunk in Kitzingen;
Antrag der Stadträte Rosmarie Richter, Jutta Wallrapp und Jens Pauluhn
(Si.Vorl. v. SR am 11.04.13)**

zurückgestellt

Mit Blick auf die Zeit wird die Angelegenheit in einer der nächsten Stadtratssitzungen behandelt.

- 11. Mobilfunk;
Messung elektromagnetischer Felder im Rahmen des FEE-2-Programms
(Si.Vorl. v. SR am 11.04.13)**

zurückgestellt

Mit Blick auf die Zeit wird die Angelegenheit in einer der nächsten Stadtratssitzungen behandelt.

- 11.1. Antrag der ödp-Stadtratsfraktion vom 18.3.2013;
Innenentwicklung; Erhalt von städtischen Anlagevermögen**

zurückgestellt

Mit Blick auf die Zeit wird die Angelegenheit in einer der nächsten Stadtratssitzungen behandelt.

- 12. Rahmenplan für den Kitzinger Stadtteil Etwashausen**

zurückgestellt

Mit Blick auf die Zeit wird die Angelegenheit in einer der nächsten Stadtratssitzungen behandelt.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:02 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt